

Fraenkel, Hans

Article — Digitized Version

Die Schweiz und die EWG: Überforderter Institutionalismus

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fraenkel, Hans (1962) : Die Schweiz und die EWG: Überforderter Institutionalismus, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 42, Iss. 2, pp. 77-80

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133194>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Produktion sei der Schlüssel zum Erfolg, ergeben müssen. Dies stimmte in mancher Hinsicht tatsächlich bis jetzt, da ein hoher protektionistischer Zolltarif, der für die entscheidenden Fertigwarenpositionen meist noch etwas über dem gemeinsamen EWG-Tarif liegt, mit seinem Zollschutz von 20 bis 40 % die Aufnahme unwirtschaftlicher Produktionen prämierte, die in vielen Fällen durch ungenügende Liberalisierung noch ein zweites Mal geschützt wurden und trotz Erweiterung der OECD-Liberalisierung von 90 auf 93 % (1. 1. 1962) noch immer teilgeschützt blieben.

Es ist sicher, daß der Verzicht auf diesen Zollschutz in vielen Fällen zu Schwierigkeiten führen wird. Weitblickende Unternehmer haben sich aber bereits um eine neue Ausrichtung der Produktion bemüht und sich daraus gute Chancen errechnet. Die Konjunktur der letzten Jahre und ein reiches Maß an steuerlichen Begünstigungen haben die Vorbereitungen für diese Umstellung erleichtert, wengleich der enge Kapitalmarkt und Kreditrestriktionen die Industrie auf den Weg der Eigenfinanzierung verwiesen.

Es wird daher vielfach kritisiert, daß Österreich sich außerstande erklärte, die beschleunigte neue Zollsenkung der EFTA auf 50 % sogleich mitzumachen, die eine Art Generalprobe für den Übergang zum Gemeinsamen Markt dargestellt hätte. Mit dieser Erklärung hat es seiner Wirtschaftskraft, die dem Ausland offenbar mehr imponiert als den maßgebenden österreichischen Stellen, ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Wenn man sich aber vergegenwärtigt, daß protektionistisches Denken österreichische Wirtschaftspolitik bestimmt und daß manche maßgebenden Politiker und Wirtschaftler dem Beitritt zur EWG trotz ihres Lippenbekenntnisses zur Integration lau, wenn nicht ablehnend gegenüberstehen, dann erscheint diese kleinliche Handlung weniger verwunderlich.

Sonderwünsche an die EWG

Im Sinne dieser Einstellung will das offizielle Österreich daher ein Maximum an Sonderwünschen an die EWG herantragen. Man will zwar raschestens in den Genuß der Vorteile gelangen, die sich die EWG-Mitglieder untereinander einräumen, möchte auch an gewissen sonstigen Vergünstigungen wie dem Investitionsfonds partizipieren, sieht aber auf der Unternehmerseite Gefahren in der Niederlassungsfreiheit, scheut den Wettbewerbsdruck und in Gewerkschaftskreisen den freien Arbeitsmarkt.

Daher glaubt man, den Zollabbau langsamer durchführen zu können, wobei man sich auf das Präjudiz der Assoziation Griechenlands berufen möchte, und will die Kontingente für nichtliberalisierte Einfuhren nur stufenweise bis 1965 aufstocken, um erst dann den EWG-Partnern die volle Freiheit für ihren Export nach Österreich einzuräumen. Daß die Landwirtschaft dringend erwartet, daß sie ihre straffe Marktregelung fortsetzen kann, versteht sich eigentlich von selbst.

Bei solchen Wünschen erhält man den Eindruck, der Ausdruck „Arrangement“ in Österreichs Assoziierungsgesuch sei nicht nur aus Rücksicht auf die Sowjets und den Osthandel gewählt worden, den man besonders zu erhalten wünscht, sondern drücke auch die Hoffnung aus, die EWG werde mit sich reden lassen und Österreich auch handelspolitisch entgegenkommen. Dabei sind aber nicht wenig besorgte Stimmen in Österreich selbst zu registrieren, die gerade wegen des Druckes aus dem Osten nicht eine lose Assoziation, sondern möglichst die Ausschöpfung aller Mittel zur Zusammenarbeit mit der EWG fordern, um Österreich einen unanfechtbaren Platz in der westlichen Staatengemeinschaft zu sichern.

Die Schweiz und die EWG: überforderter Institutionalismus

Dr. Hans Fraenkel, Zürich

Das „Zeitgespräch“ über die mit einem Fragezeichen versehene „Überforderte EWG“ im Januarheft des „Wirtschaftsdienst“ bietet einen ausgezeichneten Ansatzpunkt, um den Standpunkt der Schweiz und damit auch der beiden anderen Neutralen zur Darstellung zu bringen. Wir verstehen das „Zeitgespräch“ gewiß recht, wenn wir es als „Streitgespräch“ nehmen. Aus der ursprünglichen Konzeption der EWG als Kernstück für eine gesamteuropäische Einigung sollte jetzt, nachdem ein Drittel der Übergangszeit vorüber ist, die Gemeinschaft der Sechs zu einem in sich ruhenden Gebilde werden, das schlagkräftig durchgeführt wird. So könnte die EWG vielleicht anderen Staatengruppen ein Vorbild sein, heißt es am Schluß. Von Gesamteuropa ist nicht mehr die Rede.

Man kann einwenden, die im erwähnten „Zeitgespräch“ niedergelegte Meinung gäbe nur die Ansicht

gewisser Kreise innerhalb der EWG wieder, sei keineswegs als offiziell oder auch nur als offiziös anzusehen. Aber sie ist doch zum mindesten bezeichnend für das gegenwärtig herrschende Unbehagen, und dies nicht nur innerhalb der EWG, sondern auch außerhalb. Man mißtraut sich allerseits. Ein Bericht aus Paris ist betitelt „Pariser Zweifel am britischen Credo“, in der englischen Presse werden „Verschleppungsmanöver“ der EWG-Unterhändler befürchtet, in Zürich die „Hinausschiebung der Behandlung des Gesuches der Neutralen“, wie es in der „Neuen Zürcher Zeitung“ formuliert wurde.

Neutralität überholt?

Die drei Neutralen: Schweiz, Schweden, Österreich, sind in den vergangenen Monaten Zielscheibe heftigster Angriffe geworden, einmal vom amerikanischen

Unterstaatssekretär Ball, dann von Spaak, dem amtierenden belgischen Außenminister, und dem deutschen Sozialdemokraten Birkelbach als Berichterstatter über die Beitritts- und Assoziierungsprobleme an der Beratenden Versammlung des Europarates in Straßburg. Neutralität ist im heutigen Europa überholt, lautet ihre These, die auch einmal von Prof. Hallstein zum Mißfallen seiner Zuhörer bei einem Vortrag in Zürich Ende vergangenen Jahres expressis verbis ausgesprochen wurde. Daraus folgt für die Neutralitätsgegner, daß die drei Staaten aus reinem Egoismus ihre politische Souveränität verteidigen, um sich durch ihre Assoziation die wirtschaftlichen „Rosinen aus dem Kuchen zu picken“ — ein Wort, das gern und viel von Schweizern zitiert wird.

In seinem Bericht über die Straßburger Gespräche macht Nationalrat W. Bretscher, Chefredakteur der „Neuen Zürcher Zeitung“, am Schluß die Feststellung, daß es sich vorläufig nur um Diskussionen „außerhalb jeder Offizialität“ handele, daß es aber deutlich mache, wie lang und hindernisreich der Weg zur Assoziation für die Schweiz und eben auch für die anderen Neutralen sein werde. In einer amtlichen Verlautbarung über eine Konferenz im Bundeshaus, zu der das Schweizer Politische Departement seine diplomatischen Vertreter in den Hauptstädten Europas und der USA geladen hatte, wird als Ergebnis der Tagung festgehalten, daß die Reaktion auf das Assoziierungs-gesuch der Neutralen in Brüssel keineswegs eine so eindeutig ablehnende Haltung gewesen sei, wie das aus Presseäußerungen hervorzugehen scheine.

Die Ausfälle gegen die Neutralen waren in allererster Linie gegen die Schweiz gerichtet, fielen milder gegenüber Schweden aus und waren um wohlwollendes Verständnis für Österreich bemüht. Diese Politik des divide et impera kam bei den Betroffenen schlecht an. Mit Eifer gingen die Kabinetts der drei Staaten an die Koordinierung ihrer Neutralitätsdoktrinen und den Aufbau einer einheitlichen Marschordnung heran. Die von Bundesrat Wahlen als Leiter des Politischen Departements mehrfach verfochtene Schweizer These lautet: Bewahrung der staatlichen Unabhängigkeit als Voraussetzung für die Neutralität einerseits, für die Erhaltung der dem Schweizer Staatsrecht eigentümlichen „Referendumsdemokratie“ andererseits.

In einer Rede in Brüssel vor dem flämischen Wirtschaftsverband unterstrich der österreichische Handelsminister Bock, die Neutralität seines Landes habe in der Gegenwart und in Zukunft echte Aufgaben zu erfüllen und sei als Bedingung der Freiheit Österreichs ein wesentliches Element des europäischen Friedens. Der schwedische Ministerpräsident Erlander seinerseits erklärte in einem Vortrag: „Wenn wir auch eine möglichst enge Zusammenarbeit mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wünschen, so wollen wir doch nichts vorkehren, was das Vertrauen in unsere Neutralitätspolitik beeinträchtigen könnte.“ Und er fuhr fort und wiederholte damit, was Prof.

Wahlen und andere Schweizer Bundesräte vorher mehrfach gesagt haben: „Wir halten an dieser Politik so entschlossen fest, daß wir es vorziehen würden, neutral zu bleiben, selbst dann, wenn wir Gefahr liefen, isoliert zu werden.“

Verteidigung der Neutralität

Diese Unité de doctrine für die drei Neutralen ist erst mit ihrem Assoziierungs-gesuch vom 15. Dezember 1961 aktuell geworden. Die Dreierkonstellation ist gewissermaßen das Residuum aus den verworrenen und vergeblichen Anläufen, um erst zur großen, dann zur kleinen Freihandelszone zu gelangen. Heute befindet sich ganz Europa auf der Sternfahrt nach Brüssel, und die Neutralen haben sich zu einem Sonderteam zusammengeschlossen.

Wir sprachen von der Unité de doctrine der Drei. Sie bezieht sich auf die Verteidigung ihrer Neutralität, die ja nach Ursprung und Inhalt nicht unwesentliche Unterschiede aufweist, Unterschiede, die die gemeinsame Verteidigung nicht hindern. Etwas anderes ist es mit den wirtschaftlichen Forderungen, die die Drei zu vertreten haben. Hier wird man untereinander gewiß Fühlung halten, aber die Interessen sind sehr verschieden gelagert. Die Schweiz ist stärker im Welthandel verflochten als die beiden anderen, ist gegenwärtig mehr von Überfremdung durch Menschen und Kapital bedroht und fühlt sich durch den sozialistisch gesteuerten Wohlfahrtsstaat der großen Nachbarn eher abgestoßen. Österreich hat das Sonderproblem seiner Handelsbeziehungen zum Ostblock, der 20 % seines Außenhandels absorbiert. Ob die EWG will oder nicht, hier muß sie sich mit dem schwierigen Problem der Ursprungszeugnisse auseinandersetzen. Für Schweden schließlich sind seine Ausfuhrinteressen von Holz und Papier vordringlich. Aber auch hier stellt sich das Problem der Ursprungszeugnisse in irgendeiner Form, insofern als die schwedische Neutralität im Hinblick auf die Zuordnung Finnlands zur EFTA eine europäische Aufgabe erfüllt. Man könnte sich vorstellen, daß Österreichs Assoziation an die EWG auf den Erfahrungen aufbauen kann, die die Freihandelszone Finnland als zugewandtem Ort zur EFTA bietet.

Würde man diesen Weg beschreiten, um sowohl Schweden als auch Österreich das Recht auf Neutralität zuzubilligen, so wird man auch nicht umhin können, den Schweizern ihre Neutralität zu belassen. Legt doch der Staatsvertrag für Österreich ausdrücklich fest, daß seine Neutralität „nach dem Vorbild der Schweiz“ errichtet wird. Zerstört man die Schweizer Neutralität, schwebt die Neutralität Österreichs in der Luft und wird anfechtbar.

Vorfeld der EWG

Was also den Neutralen als Endlösung vorschwebt, ist eine Ordnung, die um den festen Kern der EWG ein Vorfeld legt, ein durch seine Elastizität ausgezeichnetes Gebilde und eben wegen seiner Elastizität schwerer angreifbar von außen.

Der Phantasie sind da vorerst keine Schranken gesetzt. Ein durch seinen kaufmännischen Weitblick ausgezeichnete Industrieller, Dr. h. c. Robert Käppeli, Präsident des Verwaltungsrats der CIBA, überläßt sich mit seinem Freund Carl J. Burckhardt bei einer Wanderung durch die österreichischen Alpen den Spekulationen über eine schweizerisch-österreichische neutrale Alpenrepublik. Lächle darüber, wer mag. Wem es wirklich ernst um eine Einigung Europas ist, der wird bekennen, daß wirklich alles noch offen ist und daß es daher dem Seher ziemt, den Blick in die Zukunft zu werfen.

Kehren wir zum Anfang unserer Betrachtung zurück, zur „überforderten EWG“. Da pochen die europäischen Staaten einschließlich Israels an die Tore, und noch lauter pochen die USA und stellen ihre Forderung. Man erinnere sich; es sind noch keine zwei Jahre her, da wandten sich die amerikanischen Politiker und Wirtschaftler gegen den Zusammenschluß von EWG und EFTA. Heute verlangen sie mit drohender Stimme den Beitritt Großbritanniens. Man behauptet, Gefahr sei im Verzuge, Eile sei geboten. Im gleichen Atemzug aber wird den Neutralen empfohlen, sich zu gedulden, was diese wieder befürchten läßt, man werde sie als letzte hochnehmen wollen. Daher gelte es, so sagen sie, den rechten Zeitpunkt zu erfassen, wenn der britische Beitritt zwar gesichert, aber noch nicht perfekt ist. Mißlingt aber der Brückenschlag Brüssel—London, so soll die EFTA fröhliche Urständ halten.

Politische Unabhängigkeit — Geschichtsbewußtsein

Man kann verstehen, daß sich in den Kreisen der EWG eine starke Animosität gegen die ständig bremsenden Schweizer entwickelt hat. Erstaunlich ist zudem der weitgehende Konformismus zur Regierungspolitik von allen Wirtschaftskreisen bis zu den Gewerkschaften hin und von der gesamten öffentlichen Meinung. Die wenigen oppositionellen Stimmen waren und sind so schwach, daß sie keine große Beachtung verdienen. Mit einer Ausnahme: Prof. Jean R. de Salis, der den Lehrstuhl für Geschichte an der Eidgenössischen Hochschule einnimmt. Nicht daß er für den Eintritt in die EWG wirbt wie der Schweizer Zweig der Europaunion, keineswegs! Aber er hält seinen Landsleuten vor, sie seien „reaktionär und vernagelt“, für sie höre die Geschichte vor dem ersten Weltkrieg auf. Daher hätten sie im Ausland „jede Glaubwürdigkeit verloren, was der Schweizer Politik in der Auseinandersetzung um die europäische Integration schwer geschadet habe und schade“.

Zugegeben, an den Schweizern ist die Entwicklung, die die anderen europäischen Staaten unter dem verheerenden Einfluß zweier Weltkriege durchgemacht haben, gewiß nicht spurlos vorbeigegangen, aber sie haben die Entwicklung nur in großem zeitlichen Abstand mitgemacht, und es ist etwas anderes daraus geworden als in Deutschland — eben weil sie keine radikalen Umbrüche durchgemacht haben. Das Geschichtsbewußtsein, dessen völliges Fehlen in der Bundesrepublik Bundestagspräsident Gerstenmaier

schmerzlich beklagt, ist bei den Schweizern im Übermaß — so meint de Salis — vorhanden. Bundesrat Schaffner, der ein Übermaß nicht gelten lassen will, hat im Herbst 1960 den Gegensatz der Schweiz zu den Nachbarstaaten wie folgt umrissen: „Für Länder, die eben erst eine nationale Katastrophe säkularer Ausmaßes mit wechselseitigen Niederlagen und Besetzungen, Amputationen und Flüchtlingseleid überstanden haben, mag eine Art retrograder ‚Geschichts-Amnäsie‘ eine Wohltat, jedenfalls entschuldbar sein, für uns nicht.“

Diese Worte sind auf die politische Unabhängigkeit gemünzt, auf die die Schweizer — auch Prof. de Salis — unter keinen Umständen verzichten wollen. Ob ihnen da de Gaulles „Europa des patries“ als Kampfgenosse besonders willkommen ist, bleibe dahingestellt. Es gibt Schweizer von Rang, die hinter dieser Formel nichts anderes wittern als das französische Hegemoniestreben, das die Macht mit Großbritannien unter keinen Umständen teilen will. Die Schweiz aber überläßt sich in aufrichtigem Vertrauen der britischen Führung, die sie in die EWG oder an sie herantühren soll.

Soziale Marktwirtschaft als Leitbild

Da nun befindet sie sich in voller Übereinstimmung mit der deutschen Politik, so wie sie Erhard konzipiert und wie sie offenbar auch die überzeugte Unterstützung Adenauers besitzt. Das ist aber kein zufälliges Zusammentreffen, sondern Frucht der welt-offenen sozialen Marktwirtschaft, für die Erhard den zuverlässigsten Bundesgenossen in der von alters her liberalen Schweiz vorgefunden hat. Diese nach dem Kriege wieder aufblühende wirtschaftliche Partnerschaft hat trotz der für die Schweizer in vieler Beziehung unbequemen deutschen Übergewichtes im Warenaustausch anläßlich der Genfer Zollrunden, der Ausgleichsrunde mit der EWG und dann anschließend der Dillonrunde ihre Probe ausgezeichnet bestanden. Die Schweizer haben Verständnis dafür aufgebracht, das die Bundesrepublik als Mitglied der EWG ihre liberalen Handelsgrundsätze nur in beschränktem Umfang hat durchsetzen können. Der deutsche Delegierte Ministerialrat Dr. Horn stellt es mit Genugtuung in einem Aufsatz fest, den die Zeitschrift der Handelskammer Deutschland-Schweiz veröffentlicht hat. Und dies ist nicht das einzige Zeugnis der guten deutsch-schweizerischen Beziehungen. Für eine weltoffene Handelspolitik stehen sich Deutsche und Schweizer näher als Deutsche und Italiener oder Franzosen. Eine vollintegrierte Schweiz könnte diese Funktion kaum mehr mit dem gleichen Schwung erfüllen.

Die Schweiz ist keine Kulturnation mit gleicher Sprache, wie es seine Nachbarn sind. Sie ist eine Staatsnation, und das heißt eine mehrsprachige Nation, die durch den staatspolitischen Willen ihrer Bürger geformt ist. Einem Überstaat unterworfen, könnten sich ihre Sprachgruppen nach ihren Kulturnationen hin umkristallisieren. Diese Besorgnis erscheint nicht abwegig.

Verpflichtung gegenüber Europa

Die Bedeutung der Schweizer Neutralität mit dem Blick auf die Neutralität Österreichs läßt sich als eine eminent europäische Aufgabe nicht weglegen. Die Bedeutung dieser Neutralität als fester Grund für das Internationale Rote Kreuz, für die Schweiz als Treffpunkt für internationale Gespräche und für die Schweiz als diplomatische Schutzmacht in Konfliktzeiten ist heute in der Zeit des „kalten Krieges“ wenn möglich noch höher zu bewerten als jemals.

Hier um Verständnis bei den Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu werben, erscheint uns als Verpflichtung gegenüber Europa. Es gilt da, Ressentiments und Vorurteile hüben und drüben auszuräumen. Dann aber sollte es möglich sein, den Weg der Verständigung bis zum Ende zu

beschreiten. Prof. Hallstein hat sich kürzlich gegen die zuerst in Paris, dann von Spaak und Ball übernommene These gewandt, eine Assoziierung komme nicht für europäische Industrieländer, noch dazu mit Neutralitätsansprüchen, in Frage. Dem hält er entgegen, daß der Vertrag von Rom keine nähere Umschreibung einer Assoziierung enthalte, daß also noch alles offen sei.

Das scheint uns die einzig mögliche Einstellung im gegenwärtigen Augenblick zu sein. Man sollte es mit den homerischen Reden jetzt genug sein lassen. Die Fronten sind abgesteckt. Die Gefahr für Europas Einigung ist nur zu überwinden, wenn sich der Wille dazu belebt. Sonst wird die Einigung durch den modernen Wunderglauben in den Institutionalismus als weltbewegende Kraft erstickt.

Probleme des finnischen Arbeitsmarktes

Dr. Axel v. Gadolin, Helsinki

Man kann wohl behaupten, daß das Beschäftigungsproblem für alle westlichen Staaten — ob nun die soziale Marktwirtschaft oder der Wohlfahrtsstaat als Richtschnur gelten — von zentraler Bedeutung ist. Sogar das Geldwesen wurde nach den Lehren von Beveridge und Keynes im Gefolge der Pfundkrise von 1931 der Beschäftigungspolitik untergeordnet. Ob klein oder groß, ob vollindustrialisiert oder nicht, ob autark oder außenhandelsabhängig, jeder Staat muß heute dem Beschäftigungsproblem seine besondere Aufmerksamkeit widmen. Da Prognosen auf diesem Gebiete besonders schwierig sind und auch die meisten Theorien versagen, wird die Arbeit vorwiegend Tatbestandsaufnahmen, Erfahrungen und Ergebnissen gewidmet.

So hat auch Finnland beachtliches Material zusammengetragen und Erfahrungen gesammelt. Die traditionelle Drohung bleibt hier, wie in vielen anderen Staaten, die Arbeitslosigkeit. Nach Art der wirtschaftlichen Einstufung eines Landes liegt das Problem immer etwas anders: für Finnland müssen deshalb gewisse allgemeine Daten gegeben werden.

Das Land ist groß und dünnbesiedelt — durchschnittlich 14,5 Personen je qkm. Allerdings leben neun Zehntel der Bevölkerung in der südlichen Hälfte des Landes. Das Land hat nur einen wichtigen Rohstoff: das Holz, außerdem mittelmäßig ergiebige Mineralvorkommen, u. a. Eisen-, Kupfer- und Nickelerze, die bis jetzt in verhältnismäßig kleinem, aber doch wachsendem Umfange abgebaut werden. Kohle gibt es nicht, und die zu rd. 60% ausgebaute Wasserkraft kann infolge des geringen Gefälles der Flüsse nie mehr als einen Bruchteil — etwa 20% — der Energiemenge liefern. Kohle und Öl müssen deshalb in wachsendem Umfange eingeführt werden.

Drei Wellen der Industrialisierung

Man könnte von drei langen Wellen der Industrialisierung sprechen: die erste würde die letzten Jahrzehnte des Großfürstentums um die Jahrhundertwende umfassen, als die Sägewerke und eine begrenzte Versorgungsindustrie, Werkzeuge, Lebensmittel, landwirtschaftliche Geräte, Textilien, ausgebaut wurde, die zweite bezieht sich auf die erste Republik 1919—1944, als die chemische Holzveredelung, die Maschinenindustrie und einige Spezialindustrien entwickelt wurden, und die dritte auf die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, als sich die Industrieproduktion in realen Zahlen verdoppelt hat.

Innerhalb dieser letzten Zeitspanne hat sich, unabhängig von der Inflation, das Realeinkommen der Arbeiter um reichlich die Hälfte verbessert. In der entsprechenden Proportion hat auch die Zahl der Industriearbeiter zugenommen.

Charakteristisch für den finnischen Arbeitsmarkt sind ferner folgende Tatsachen: Erstens findet noch ein unverhältnismäßig großer Teil der Bevölkerung sein Auskommen innerhalb der Land- und Forstwirtschaft — die offizielle Statistik zeigt hier noch den sicherlich zu hohen Anteil von 42%, während für die Industrie 30% angegeben werden. Zweitens sind die Kleinbauern weitgehend im Winter als Holzfäller tätig, ein Tatbestand, der die Statistik stark verwischt. Drittens besitzt der Staat seit alters her ein Drittel der gewaltigen Waldfläche des Landes, während die Holzveredelungsindustrie in weit stärkerem Maße privat ist. Viertens kann die starke Subventionierung der Landwirtschaft erwähnt werden, zumal — bei der politisch starken Verankerung der Bauernpartei — ein Gesetz den Bauern denselben Lebensstandardzuwachs garantiert wie den Industriearbeitern.